

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuß

68. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. September 1998, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Peter Zahn (SPD)

in Vertretung von Ursula Kähler

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Tagesordnung:	Seite
1. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1539	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1575	
2. Bericht über die aktuelle Wohnungssituation in Schleswig-Holstein	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1348	
3. Klimaschutz - Planen, Bauen und Wohnen	8
Landtagsbeschluß vom 12. Juni 1997 Drucksachen 14/553 und 14/769	
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1464	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1643	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1574	
6. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuß einvernehmlich folgende Punkte von der Tagesordnung ab:

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1269

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1288

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1216

Punkt 1 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1575

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und alle übrigen Ausschüsse)

Der Ausschuß faßt über die seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Punkte folgende Beschlüsse:

4. Innere Sicherheit

Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuß mit sieben Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen drei Stimmen der CDU Ablehnung.

5. Zusammenarbeit mit Hamburg

- Erster Spiegelstrich: Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuß mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen drei Stimmen der CDU und einer Enthaltung der F.D.P. Ablehnung.
- Dritter Spiegelstrich: Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuß mit sieben Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen drei Stimmen der CDU Ablehnung.
- Vierter Spiegelstrich: Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuß mit sieben Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen drei Stimmen der CDU Ablehnung.
- Fünfter Spiegelstrich: Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuß mit sieben Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen drei Stimmen der CDU Ablehnung.

- Sechster Spiegelstrich: Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuß mit sechs Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen vier Stimmen von CDU und F.D.P. Ablehnung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die aktuelle Wohnungssituation in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1348

(überwiesen am 27. März 1998 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung ohne weitere Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Klimaschutz - Planen, Bauen und Wohnen

Landtagsbeschluß vom 12. Juni 1997

Drucksachen 14/553 und 14/769

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1464

(überwiesen am 3. Juli 1998 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung ohne weitere Beratung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1643

(überwiesen am 2. September 1998 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und den Finanzausschuß)

(Verfahrensfragen)

Der Ausschuß beschließt auf Antrag des Abg. Kubicki, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin, zu dem die Anhörung durchgeführt werden soll, legt der Ausschuß Montag, den 23. November 1998, 10:00 Uhr, fest.

Der Kreis der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses bis zum 2. Oktober 1998 benannt werden.

Die Anzuhörenden sollen gebeten werden, im Vorwege - möglichst bis Ende Oktober 1998 - eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1574

(überwiesen am 2. September 1998 an den **Finanzausschuß** und den Innen- und Rechtsausschuß)

(Verfahrensfragen)

Der Ausschuß empfiehlt dem federführenden Finanzausschuß, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, den Kreis derjenigen, die um Stellungnahme gebeten werden sollen, gegenüber dem Geschäftsführer des Ausschusses bis zum 2. Oktober 1998 zu benennen sowie als Frist bis zur Abgabe der Stellungnahme den 16. November 1998 ins Auge zu fassen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, schließt die Sitzung um 14:15 Uhr.

gez. Heinz Maurus

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin